

## Zehn Impulse für eine zukunftsfähige Industrie- und Innovationspolitik in Rheinland-Pfalz und Deutschland

Die Industrie ist ein zentraler Pfeiler der rheinland-pfälzischen Wirtschaft. Sie steht an erster Stelle bei den privatwirtschaftlich getätigten Investitionen in Forschung und Entwicklung (F&E), weist auch aufgrund qualifizierter Belegschaften eine hohe Produktivität je Beschäftigten auf und vereinigt einen bedeutenden Teil der Bruttowertschöpfung sowie der Arbeitsplätze auf sich. In Rheinland-Pfalz sind 2.200 Industriebetriebe (ab 20 Beschäftigte) ansässig, die über 300.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen. Die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes erwirtschaften einen Jahresumsatz in Höhe von mehr als 110 Milliarden Euro, wovon 53 Prozent dem Export zuzurechnen sind. Ein Drittel der Bruttowertschöpfung unseres Bundeslands wird vom produzierenden Gewerbe erarbeitet, wobei hiervon etwa 22 Prozent auf das verarbeitende Gewerbe, also die klassische Industrie entfallen. Gemessen am Umsatz entfällt mit knapp 53 Prozent der größte Teil der industriellen Wirtschaftsleistung auf den Vorleistungsgüterbereich (z.B. chemische Industrie), gefolgt von den Investitionsgüterproduzenten (z.B. Maschinenbau) mit rund 30 Prozent und den Herstellern von Konsumgütern (z.B. Nahrungsmittelhersteller) mit etwas mehr als 17 Prozent.

### 1. Sichere Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen gewährleisten

In Deutschland ansässige Unternehmen zahlen weiterhin wesentlich höhere Preise für Energie als Firmen, die in wichtigen internationalen Wettbewerbsstandorten, wie Frankreich, China oder den USA, beheimatet sind. Dies trifft den produzierenden Sektor – gerade in unserem Bundesland – aufgrund seiner oft hohen Energieintensität besonders hart. Da eine breit angelegte und lang andauernde Subventionierung von Energie weder ordnungspolitisch wünschenswert noch haushaltspolitisch finanzierbar wäre, kommt der Ausweitung des Energieangebots zur Preissenkung eine zentrale Bedeutung zu. Gegeben die derzeitigen politischen Rahmenbedingungen, wird dies primär über einen forcierten Ausbau erneuerbarer Energien geschehen müssen. Das Faktische bleibt hierbei hinter dem Notwendigen zurück: So sind der gezielte Ausbau sowie die Förderung netzdienlicher Energiespeicher im privaten und gewerblichen Umfeld essentiell, um ein wirtschaftsgerechtes Niveau an Versorgungssicherheit und systembedingten Netzkosten zu gewährleisten. Neben dem leistungsfähigen Auf- und Ausbau der Netzinfrastruktur ist zudem die Digitalisierung der Energienetze bis zum Letztverbraucher eine Grundvoraussetzung für die notwendige Flexibilisierung des Energiesystems und somit für wettbewerbsfähigere Energiekosten. Energieintensive Industriegebiete müssen an den H2-Backbone angeschlossen werden.

### 2. Genehmigungsprozesse beschleunigen, Bürokratie abbauen

Von der Planung bis zum Bau von Unternehmens- und Infrastruktureinrichtungen vergeht in Deutschland aufgrund langwieriger, komplexer Planungsprozesse viel mehr Zeit als notwendig wäre. Umständliche Instanzenwege vor Gericht und ausufernde Umweltvorschriften bremsen den Bau von Fabriken, Verkehrswegen und Leistungsnetzen aus, auf die die deutsche Industrie dringend angewiesen ist. Zudem unterliegen gerade die Unternehmen des sekundären Sektors zahllosen Vorschriften und gesetzlichen Regulierungen, die neben immensen Kosten und Zeitverlusten auch zu zunehmender Handlungsunsicherheit führen. Dem verarbeitenden Gewerbe werden damit systematisch knappe

Ressourcen entzogen, die dieses nicht mehr produktiv investieren kann. Der heimische Industriestandort droht auf diese Weise auf das sprichwörtliche Abstellgleis zu geraten. Im Genehmigungsbereich bedarf es daher einer umgehenden Beschleunigung auf das angekündigte Deutschlandtempo. Ermessensspielräume sind zu nutzen, um gemeinsam pragmatische Lösungen zu erreichen. Um bürokratische Belastungen wirksam zu reduzieren, sollte eine One-in-two-out-Regel – sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene – eingeführt werden: Für jede neue Regulierung müssen zwei bestehende abgeschafft werden. Komplexe Genehmigungsverfahren, die tiefe Spezialkenntnisse bei den bearbeitenden Verwaltungen erfordern, sollten auf die SGDn konzentriert werden.

### **3. Grüne Transformation pragmatisch meistern**

Der Weg zur Klimaneutralität ist für die heimische Industrie mit großen Herausforderungen verbunden, muss aber aufgrund der anhaltenden Erderwärmung und der damit einhergehenden gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Kosten gegangen werden. Vor dem Hintergrund der erodierenden Qualität Deutschlands als Produktionsstandort bedarf es eines pragmatischen Ansatzes, damit die grüne Transformation der Industrie gelingen kann, ohne dass es zu Carbon Leakage kommt. Wichtig ist in diesem Zusammenhang Klimaziele so zu definieren, dass sie die hiesigen Betriebe nicht überfordern und zu Produktionsverlagerungen in Länder mit niedrigeren Umweltstandards führen. Finanziellen Anreizen, wie der CO<sub>2</sub>-Besteuerung, ist gegenüber Ge- und Verboten Vorzug zu gewähren, da erstere eine höhere Effizienz in Bezug auf die Emissionsreduktion aufweisen. Gleiches gilt für international koordinierte Maßnahmen, denn nationale Alleingänge tragen vergleichsweise wenig zum globalen Klimaschutz bei, können aber die eigene wirtschaftliche Substanz erheblich schädigen. Gerade beim Klimaschutz bedarf es eines Level Playing Fields sowie technologieoffener Ansätze, damit sich im marktwirtschaftlichen Wettbewerb die jeweils effizientesten Verfahren durchsetzen können. Durch die Umsetzung von Sektorzielen auf Landesebene darf es nicht zu Wettbewerbsverzerrungen zu Ungunsten der heimischen Industrie oder anderer Unternehmen kommen. Die Landesregelungen müssen sich 1:1 an den Bundesvorgaben orientieren.

### **4. Ansiedlungsflächen für Industriebetriebe schaffen**

Vielorts fehlen in Rheinland-Pfalz Gewerbeflächen. Dies betrifft insbesondere auch Industriegebiete für das produzierende Gewerbe. Eine erfolgreiche Ansiedlungspolitik und damit eine nachhaltige Stärkung der Wirtschaftsstruktur ist nur möglich, wenn Flächen angebotsorientiert ausgewiesen werden, diese also bei Anfragen ansiedlungswilliger Unternehmen kurzfristig mobilisiert werden können, da sich potenzielle Interessenten ansonsten Alternativstandorten zuwenden. Die entsprechenden Genehmigungsverfahren müssen beschleunigt werden. Ein Positivbeispiel stellt die Ansiedlung des Pharmaunternehmens Eli Lilly in Alzey dar. Der Ausweis von Ansiedlungsflächen ist primär eine kommunale Aufgabe, doch verfügt auch das Land über wichtige Instrumente, um hier unterstützend tätig zu werden, die konsequent im o.g. Sinne genutzt und weiter optimiert werden sollten (bspw. inhaltliche Vorgaben im neu zu erstellenden Landesentwicklungsprogramm (LEP) 5; Gutachten zur Industrie- und Gewerbeflächenstrategie; überregionale Flächenvermarktung über den ISB-Standortfinder). Das Land sollte den Kommunen zudem Anreize bieten, gemeinsam größere interkommunale Gewerbegebiete auszuweisen. Flächen für Wohnbebauung müssen ebenfalls bedarfsgerecht ausgewiesen werden, da dies ein wichtiger Faktor zur Fachkräftesicherung auch für Industrieunternehmen ist.

## **5. Fachkräfte für die Industrie sichern**

Das Erfolgsmodell der deutschen Industrie basiert auf einer hochqualifizierten Humankapitalbasis. Hierzu gehören ebenso Ingenieure wie Facharbeiter, Industriemeister und Techniker. Beschäftigte mit einer abgeschlossenen dualen Ausbildung und gegebenenfalls einer Aufstiegsfortbildung werden vielerorts von den rheinland-pfälzischen Industriebetrieben händeringend gesucht. Damit die Industrie weiterhin die von ihr benötigten Fachkräfte erhält, sind eine Reihe von Maßnahmen unerlässlich, auf die das Land als zuständige Ebene für die Bildungspolitik maßgeblich Einfluss nehmen kann: Das Erfolgsmodell der dualen Ausbildung muss kontinuierlich gestärkt, die Berufsorientierung an Schulen ausgeweitet, in alle Bildungszweige angemessen investiert, Lehrpläne umgehend an neue (berufliche) Erfordernisse angepasst, Bildungseinrichtungen digitalisiert, junge Menschen für MINT-Berufe begeistert und qualifizierte Zuwanderung weiter erleichtert werden. Für diese Zukunftsaufgaben mit investivem Charakter bedarf es ausreichender Finanzmittel im Sach- und Personalbereich. All diese Maßnahmen bedürfen zusätzlich einer professionellen Fachkräftegewinnung aus dem Ausland. Die gemeinsam von den IHKs und der Landesregierung getragenen Welcome-Center spielen hierbei eine hervorgehobene Rolle. Darüber hinaus bedarf es schneller, digitalisierter und transparenter Verfahren zur Anerkennung ausländischer Fachkräfte sowie eines aktiv unterstützenden Verwaltungshandelns durch die Ausländerbehörden.

## **6. Digitalisierung und KI-Einsatz weiter forcieren**

Die Industrie 4.0 prägt das verarbeitende Gewerbe bereits heute und gewinnt stetig an Relevanz. Die Potenziale des Einsatzes von Methoden der künstlichen Intelligenz versprechen künftig weitere Produktivitätsschübe. Damit Industrie 4.0 und Big Data funktionieren können, muss die digitale Infrastruktur (Breitband- und 5-G-Netze) für Industriebetriebe, deren Dienstleister und die dort beschäftigten Fachkräfte gemäß des sich stets fortentwickelnden Bedarfs ausgebaut werden. Für das Gelingen der digitalen Transformation bedarf es zudem weiterer Fortschritte bei der Umsetzung von E-Government-Lösungen, gemeinsam genutzter Datenbasen, der Cybersicherheit und der Schaffung einheitlicher Standards. Datenschutzvorgaben dürfen zudem nicht dazu führen, dass sinnvolle, innovative KI-Einsätze unverhältnismäßig eingeschränkt werden. Darüber hinaus müssen digitale Inhalte in Schul- und Berufsausbildung auf hohem Niveau vermittelt werden, damit angehende Fachkräfte für die technologischen Herausforderungen der Zukunft gerüstet sind.

## **7. Innovationen fördern**

Die Industrie tätigt den Löwenanteil aller privatwirtschaftlichen Investitionen in F&E; sie ist der Innovationstreiber Nummer Eins in unserer Volkswirtschaft. Damit sie dieser Rolle weiterhin gerecht werden kann, müssen politische und rechtliche Rahmenbedingungen entsprechend innovationsfreundlich ausgestaltet werden. Zielgenaue Förderprogramme für Unternehmen mit einfachen, digitalen Antragsprozessen spielen dabei ebenso eine zentrale Rolle, wie weitere steuerliche Anreize für F&E-Investitionen. Gleiches gilt für Reallaboransätze, um Innovationen unter realistischen Bedingungen testen zu können. Ein Aufwuchs der staatlichen F&E-Investitionen trüge dazu bei, zusätzliche privatwirtschaftliche Finanzmittel zu aktivieren. Wesentlich für den Aufbau eines erfolgreichen Innovationsökosystems ist zudem der Technologietransfer zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Industrie bzw. Wirtschaftsunternehmen sowie die Stärkung des Wissensaustauschs im Rahmen von organisch gewachsenen Clustern. Die neu gegründete

Innovationsagentur Rheinland-Pfalz kann einen Beitrag zur Vernetzung der Innovationakteure in unserem Bundesland leisten, wobei jedoch keine Parallelstrukturen zu bereits etablierten Angeboten, beispielsweise der IHKs, aufgebaut werden sollten.

## **8. Internationale Märkte offen halten**

Das verarbeitende Gewerbe in Rheinland-Pfalz weist eine überdurchschnittliche Exportquote auf. Freier Welthandel und offene Märkte sind daher unverzichtbare Voraussetzungen, um eine starke Industriestruktur und qualifizierte Arbeitsplätze in unserem Bundesland zu sichern. Die aktuellen Entwicklungen sind hingegen zunehmend von Protektionismus geprägt. Politische und geostrategische Überlegungen haben zunehmend Vorrang gegenüber dem Ziel des Wohlstandszuwachses durch freien Welthandel. Dies schlägt sich auf globaler Ebene in Zöllen, Lieferbeschränkungen, nichttarifären Handelshemmnissen und der Subventionierung heimischer Produktion nieder. Gesamtwirtschaftliche Wohlstandsverluste und eine zunehmende Infragestellung des exportorientierten deutschen Industriemodells sind die Folge. Daher muss es Ziel sein, den freien Güteraustausch im globalen Maßstab auch in Zukunft zu sichern und internationale Handelsabkommen zu schließen, ohne sich in einseitige Abhängigkeiten zu begeben. Der Erschließung neuer internationaler Märkte kommt in diesem Kontext eine wichtige Rolle zu. Dabei bedarf es der (wirtschafts-)politischen Begleitung und Unterstützung ins Ausland exportierender und dort investierender Unternehmen durch staatliche Stellen. Rechtliche Vorgaben wie das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz erschweren deutschen Unternehmen hingegen die Internationalisierung und hemmen Auslandsinvestitionen, mit negativen wirtschaftlichen Folgen für alle Beteiligten.

## **9. Verkehrsinfrastruktur bedarfsgerecht ausbauen**

Auch im digitalen Zeitalter müssen physische Produkte, wie sie unsere Industrie herstellt, schnell und zuverlässig vom Ort der Produktion zum Ort der (Weiter-)Verwendung transportiert werden können. Ohne eine verlässliche und kostengünstige Gütermobilität kann industrieller Vertrieb nicht erfolgreich funktionieren. Daher sind die Investitionsmittel, sowohl im Sach- als auch im Personalbereich, für den Verkehrswegebau zu verstetigen und bedarfsorientiert anzupassen. In Rheinland-Pfalz bestehen Lücken im Verkehrswegenetz, die dringend geschlossen werden müssen und vielerorts befindet sich die Infrastruktur in einem kritischen, teils sogar desolaten Zustand. Industrie- und Logistikbetriebe kostet dies Zeit und Geld; zudem verursachen Staus und erzwungene Umwege vermeidbare Umweltschäden. Zentrale unerledigte Projekte im Bereich der Straßenverkehrsinfrastruktur sind beispielsweise der A1-Lückenschluss, der Bau der Westumfahrung Trier sowie der (Teil-)Ausbau der B 8 / B 214, der B 10 mit zweiter Rheinbrücke bei Wörth, der A 6 und des Mainzer Rings.

## **10. Rohstoffversorgung sicherstellen**

Die wirtschaftlichen Verwerfungen in Folge der Corona-Pandemie haben gezeigt, wie verwundbar die deutsche Industrie ist, wenn Lieferketten reißen und benötigte Vorprodukte nicht mehr zuverlässig zur Verfügung stehen. Dies und die zunehmenden geopolitischen Rivalitäten machen immer deutlicher, dass dringender Handlungsbedarf in Sachen Rohstoffsicherung für die heimische Industrie besteht. Dies betrifft sowohl aus dem Ausland bezogene Rohstoffe (wie Seltene Erden), als auch heimische Rohstoffe, die beispielsweise im Bausektor benötigt werden. Mit rohstoffproduzierenden Ländern sollten auf

europäischer Ebene Rohstoffpartnerschaften geschlossen werden, um eine sichere Versorgung der heimischen Industrie zu gewährleisten. Im Falle von Nutzungs- und Interessenkonflikten beim Abbau inländischer Rohstoffe muss immer auch die Standortgebundenheit des Rohstoffabbaus angemessen berücksichtigt werden. Ein geografisch dem Ort der Verwendung naher Abbau reduziert zudem negative Umwelteffekte und Kosten, die ansonsten durch weite Transportwege entstünden.